

Wildbader Tagblatt.

(Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad. Chronik und Anzeigenblatt für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertags. Bezugspreis monatlich Mk. 3.50, vierteljährlich 10.50 frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im innerdeutschen Verkehr Mk. 10.50 und 90 Pfg. Postbestellgeld.

Anzeigenpreis: die einpaltige Petitzeile oder deren Raum 40 Pfg., auswärtig 50 Pfg., Reklamezeilen 1.25 Mk., bei größeren Aufträgen Rabatt nach Carl. Schluß der Anzeigenannahme: täglich 8 Uhr vormittags.

Druck und Verlag der Buchdruckerei Wildbader Tagblatt; Schriftleitung: Ch. Gack, beide in Wildbad.

Nummer 75

Wildbad, Donnerstag, den 1. April 1920.

54. Jahrgang.

Ernste Lage.

Alle Berichte, die über die Verhältnisse im rheinisch-westfälischen Industriegebiet einlaufen, bestätigen, daß die Lage dort überaus ernst ist. Das Bielefelder Abkommen wird von den Aufständischen nicht angenommen und ist von ihnen sofort gebrochen worden, indem sie die Angriffe auf einzelne Teile der Reichswehr aufnahmen, wo sich günstige Gelegenheiten bot, und indem die gewaltsame Befreiungen von Geld und Lebensmitteln fortgesetzt wurden. Von der Ablieferung der Waffen und Gefangenen, die in dem Abkommen verlangt wurde, ist keine Rede. Der Reichskanzler Müller und Reichswehrminister Gessler richteten am 28. März ein Ultimatum an den revolutionären Zentralrat oder die „Rote Regierung“, mit der Forderung, daß bis 30. März, mittags 12 Uhr, das Bielefelder Abkommen seitens der Kommunisten ausgeführt werden müsse; nach Ablauf der Frist werde dem General der Reichswehr v. Watter freie Hand gegeben, die Ordnung wieder herzustellen. Die Antwort war eine Forderung, die Frist zu verlängern. Die Reichsregierung ging darauf ein, wie aus den Mitteilungen des Reichskanzlers in der Nationalversammlung am 30. März hervorging. Müller erklärte, die Regierung habe beschlossen, alle unnötigen Schrottschüssen gegen die Aufständischen zu vermeiden; die Reichswehr dürfe nicht nach Arbeiterblut. Es sollen sofort Lebensmittel in das Industriegebiet abgeführt werden, und die Bedingungen, die General v. Watter den Roten gestellt habe, seien gemildert worden. Die Regierung hoffe, die Ruhe mit Hilfe der vernünftigen Arbeiter wieder herstellen zu können.

Auf der Gegenseite ging man nun aber zum Gegenangriff über. In einem förmlichen Ultimatum an die Regierung, wie einige Blätter wissen wollten, scheint es nach den Versicherungen des Gewerkschaftsführers Lege nicht gekommen zu sein, aber es ist der feste Entschluß der Konferenz der Gewerkschaftsvertreter, an die Regierung folgende Forderungen zu stellen: 1. Bindende Zustimmung zu dem Bielefelder Abkommen; 2. Aufhebung aller darüber hinausgehenden Befehle und Maßnahmen; 3. Entlassung des Generals Watter und Einräumung einer neuen Frist von 48 Stunden zur Ausführung des Bielefelder Abkommens. Die Gewerkschaften werden im Falle der Ablehnung den Generalfreistreit auf neue verkünden. In einem Kabinettsrat wurde die neue Lage besprochen, man kam aber zu keinem Schluß. Es wurde aber das sehr weitgehende Zugeständnis gemacht, daß die Volksmacht des Zivilstaatsamts Severing dahin erweitert wurden, daß Ruhrgebiet keine militärischen Unternehmungen stattdessen dürfen, ohne seine ausdrückliche Erlaubnis, es soll der Zivilkommissar darüber entscheiden, wer verhaftet sei und ob die bereits Verhafteten festzuhalten oder freizugeben seien. Seinem Ermessen soll es über anheimgestellt sein, Anhänger Kapps in Haft zu lassen oder zu entlassen. Severing wird endlich ermächtigt, für einzelne Städte und Bezirke Zivil-Unterbefehlsmächtige zu ernennen, die in militärischen Stellen als politischer Berater beigegeben sind.

Ob es zutrifft, wie die Berliner Blätter annehmen, daß die Reichsregierung ihr Ultimatum vom 28. März tatsächlich ganz zurückgezogen habe, erscheint vorläufig zweifelhaft, entscheiden dürfte erst die neue Kabinettsitzung sein, die für Dienstagabend anberaumt wurde, deren Ergebnis aber zur Stunde noch nicht bekannt ist. Inzwischen haben sich die Reichswehrtruppen östlich des Ruhrgebiets in Bewegung gesetzt, ohne jedoch mit den Roten Truppen Fühlung genommen zu haben. Letztere sollen in funktentelegraphischer Verbindung mit der Sowjetregierung in Moskau und der gegen Polen vordringenden Roten Armee stehen.

W. B. veröffentlicht über die Lage folgende Meldungen:

In einer Besprechung von Vertretern der Arbeitsgemeinschaft freier Angestellterverbände, der Generalkommission der Gewerkschaften, der beiden sozialistischen Parteien und der kommunistischen Partei, der auch Arbeitervertreter aus dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet, sowie Vertreter aus Schleswig und Sachsen sowie Süddeutschlands beizuhören, wurde ein neuer Generalfreistreit beschlossen; unbedingt für den Fall, daß der Einmarsch in das Industriegebiet veranlaßt werden sollte, bedingt, falls das Ultimatum der Regierung nicht zurückgezogen würde.

Berlin, 31. März. Nach dem „Berliner Volksanzeiger“ ist in Hagen der gestern früh verkündete Generalfreistreit abgesetzt worden. Gestern nachmittag sind Reichswehrtruppen vor Hamm eingetroffen. In Barmen haben die drei sozialistischen Parteien das Ultimatum der Regierung mit der Verkündung des Generalfreistreits im Wuppertal beantwortet. Die öffentlichen Betriebe arbeiten noch. Die Waffen werden nicht abgeliefert.

In Bochum ist der alte Arbeiterrat durch einen radikalen ersetzt, der den Generalfreistreit ausrief. Auch in Dortmund ist der Generalfreistreit proklamiert worden.

Nach der „Vossischen Zeitung“ ist im Ruhrgebiet der Generalfreistreit an einzelnen Orten ausgebrochen, so in Bochum und Eberfeld. Durch Eberfeld ziehen zahlreiche Truppen der Roten, die zur Verstärkung der Front nach Norden und nach Duisburg gehen, ebenso einzelne Horden, die aufgelöst der Heimat zustreben. In Düsseldorf haben 205 Mann der zurücktretenden Roten das Rathaus und Ständehaus besetzt und den Volkzugrat vertrieben. Sie haben nur eine kurze Herrschaft ausüben können. Aus dem Rathaus sind sie nach Verhandlungen abgezogen, aus dem Ständehaus haben heranmarschierende Arbeiter sie „herausmandriert“.

Ein Bericht der Roten Armee aus Buer (Westfalen) stellt fest, daß bis Dienstag Morgen noch keine Regierungstruppen südlich der Lippe standen, doch stießen stark Reichswehrpatrouillen im Lauf des gestrigen Tags nach Dorsten über die Lippe vor. Dort sollen Rote Truppen die Lippebrücke gesprengt haben. Reichswehrtruppen, die an anderen Orten den Lippeübergang zu erzwingen suchten, sollen nach spartakistischer Darstellung geschlagen worden sein.

Ein Bericht des Wehrkreiskommandos Münster b. sagt, daß das Ultimatum der Regierung bei den Aufständischen im allgemeinen keine Beachtung gefunden hat. An der Nordfront sind die Angriffe fortgesetzt und Verstärkungen herangezogen worden.

Die Eisenbahnbeamten und die christlich organisierten Arbeiter im Aufstandsgebiet sind gegen den spartakistischen Terror in den Generalfreistreit eingetreten. Die Streikenden wollen aber gegebenenfalls Waffentransporte zum Wehrkreiskommando nach Münster befördern.

Berlin, 31. März. Die Reichsregierung hat aus Duisburg das nachstehende Telegramm erhalten: Die Lage in Duisburg hat sich so zugespitzt, daß die Ordnung nur durch unverzügliches Eingreifen der Reichswehr wiederhergestellt werden kann. Rückstufende bewaffnete Massen haben die Ausgänge der Stadt besetzt und zwangen mit Gewalt die Werke zum Stillstand. In der Stadt selbst herrscht nach wie vor die Willkür einiger linkskommunistischer Elemente. Die Hoffnung, in der Stadt beim Zusammenbruch der Roten Front mit Polizei- und Ortswehr die Ordnung selbst wieder herzustellen, muß aufgegeben werden. Oberbürgermeister, Zentrumspartei, Sozialdemokratische Partei, Deutsch dem. Partei.

Berlin, 31. März. Dem „Berliner Tageblatt“ wird aus dem Haag gemeldet, daß am Sonntag ein belgischer Offizier und ein Beamter dem Spartakistenführer Wildt in Duisburg eine Frist zur Räumung von Duisburg und Wahrung einer neutralen Zone von 10 Kilometern östlich des Rheins überreicht habe.

Münster, 31. März. Duisburger Banken berichten, daß der Volkzugrat der Kommunisten in Duisburg sämtliche Banken beschlagnahmt hat. In dem Kreis Lüdinghausen und Recklinghausen haben Rote Truppen geplündert und die Landwirte gebrandschatzt. Eine Eisenbahnbrücke bei Selm wurde gesprengt.

Halle, 31. März. Der „Rote Volkzugsausschuß“ erläßt einen Aufruf an die besitzende Klasse, in dem beim eventuellen Einmarsch von Truppen mit der Proklamation des Generalfreistreits und der Stilllegung aller Betriebe, auch der lebenswichtigsten, gedroht wird. Sollte diese Maßnahme nicht genügen, um den Einmarsch der Reichswehrtruppen zu verhindern, so werde nicht davor zurückgeschreckt werden, die Maschinen in den Fabriken zu zerstören und die Häuser der besitzenden Klasse sowie die Gebäude der Behörden in Brand zu setzen oder in die Luft zu sprengen. Zu diesem Zweck seien ein Brandausschuß und ein Rauchschausschuß gebildet, um beim Herannahen der Truppen sofort in Tätigkeit zu treten und unter der besitzenden Klasse aufzuräumen.

Magdeburg, 31. März. Laut Magdeburger Zeitung forderten die Kämpfe in Halle a. S. 270 Tote der Zivilbevölkerung, hauptsächlich auswärtige Arbeiter, zum

Teil Russen. Die Verluste der Truppen betragen 27 Tote und 95 Verwundete.

Neues vom Tage.

Der Gewerkschaftsbund gegen den Generalfreistreit.

Berlin, 31. März. Der Deutsche Gewerkschaftsbund, umfassend die Gesamtverbände der christlichen Gewerkschaften, der Deutschen Angestelltenverbände und der Beamten- und Staatsangestelltenvereinigungen, befaßte sich in einer gestrigen Sitzung seines Vorstandes mit den an verschiedenen Stellen auftauchenden Absichten, einen neuen Generalfreistreit zu entfachen. Nach sorgfältiger Erwägung aller für einen solchen vorgebrachten Gründe vermochte die Leitung des Deutschen Gewerkschaftsbundes nicht anzuerkennen, daß gegenwärtig ein neuer Generalfreistreit mit seinen für das Volks- und Wirtschaftsleben verderblichen Folgen zu rechtfertigen wäre. Nicht gewerkschaftliche Interessen, sondern linksradikale Macht- und Diktaturgelüste seien es, denen die neuerliche Generalfreistreibewegung dienstbar gemacht werden soll. Für die Mitglieder des Deutschen Gewerkschaftsbundes lautet daher die Parole: Gegen den Generalfreistreit.

Berlin, 31. März. Laut „B. Z. am Mittag“ haben in Berlin die zuständigen Gewerkschaften in Uebereinstimmung mit den mehrheitssozialistischen und unabhängigen Mitgliedern erklärt, daß ein Generalfreistreit noch nicht erwogen, geschweige denn angedroht ist. An der Generalfreistreitandrohung halten nur die revolutionären Elemente fest, welche Vertreter einer von der Arbeiterschaft nur teilweise anerkannten linksradikalen Richtung, die von Rechtssozialisten und Unabhängigen in den Gewerkschaften nicht zu den Verhandlungen zugelassen werden.

Vergleichsvorschlag der Metallindustriellen.

Berlin, 31. März. Der Verband der Berliner Metallindustriellen hat nach dem „Volksanzeiger“ dem Metallarbeiterverband das Angebot gemacht, den Arbeitnehmern eine sofortige Geldbeihilfe als Ersatz für den Lohnausfall an den Streiktagen zu zahlen, vorausgesetzt, daß die Arbeitnehmer bereit sind, zur teilweisen Deckung des Arbeitsausfalls durch den Generalfreistreit innerhalb der nächsten vier Monate 50 Stunden nachzuarbeiten. Die Beihilfe werde auf den Lohn für diese Ueberstunden nicht anzurechnen.

Ereignisse im Reich.

Berlin, 30. März. General v. Lüttwitz ist nach der „Vossischen Ztg.“ spurlos verschwunden. Die Kommandantur in Berlin hat einen Haftbefehl erlassen.

Berlin, 30. März. Einer amtlichen Bekanntmachung der Reichsregierung zufolge werden die den Militäroberbefehlshabern erteilten Befugnisse zur Erlassung von Ausnahmebestimmungen und Einsetzung von Standgerichten zurückgezogen. Standgerichte bleiben nur in den Regierungsbezirken Düsseldorf, Arnberg und München sowie im Westteil Thüringens bestehen.

Eberfeld, 30. März. Die sozialdemokratische Partei in Eberfeld verlangte von der Reichsregierung eine Verlängerung der am 30. März mittags 12 Uhr ablaufenden Frist zur Waffenübergabe um drei Tage. Der Zentralrat hat den Generalfreistreit beschlossen, will aber die Bielefelder Abmachungen anerkennen. Die Regierung antwortete, sie müsse auf dem Abkommen bestehen, dagegen sei von der Gegenseite noch kein Zeichen der Anerkennung zu bemerken.

Duisburg, 30. März. Unter den Arbeitern drohen Unruhen auszubrechen, da die Betriebe nicht mehr auszuhalten können. Der rote Volkzugrat versucht eigene Geldnoten herzustellen und zwangsweise auszugeben. Die roten Soldaten haben schon zwei Tage nur den halben Sold bekommen.

Düsseldorf, 30. März. Die Stadtverwaltung wurde gezwungen, für die revolutionäre Sicherheitswehr des Volkzugrats 185 000 Mk. auszubehalten. Eine Anzahl Verhafteter verlangte weitere 200 000 Mk. Die Stadtverwaltung mußte darauf noch 100 000 Mk. dem Volkzugrat überlassen.

Karlsruhe, 30. März. Nach aufgefangenen Depeschen haben die Kommunisten den 30. März als den Tag des allgemeinen Losschlagens bestimmt. Von Mannheim und Stuttgart aus soll der Sturm in Süddeutschland einziehen. Von Norddeutschland aus will man die süddeutschen Kommunisten mit Maschinengewehren und Munition versehen, zunächst aber soll Frankfurt a. M. in ihre Gewalt gebracht werden. Aus einem in russischer Sprache abgefaßten Brief aus Essen geht hervor, daß alle Vorbereitungen getroffen seien.

Aus der Heimat.

Wildbad, den 1. April 1920.

— **Bewirtschaftung des Druckpapiers.** Das Reichswirtschaftsministerium hat die Fortsetzung der Bewirtschaftung des für die Tagespresse und den Buch- und Zeitschriftenverlag bestimmten Druckpapiers angeordnet. Die Bestimmungen halten sich im Rahmen der bisherigen Regelung, jedoch tritt bei denjenigen Zeitungen, deren Auflage gegen früher zurückgegangen ist, eine stärkere Kürzung des Bezugsrechts ein. Das auf diese Weise ersparte Papier soll besonders bedürftigen Zeitungen zugeführt werden. Die Fortsetzung der Kontingentierung entspricht dem Wunsch der Verlegerenschaft.

— **Amerika-Hilfe.** Wie der „Schwäb. Merkur“ mitteilt, will der Herausgeber des „Schwäb. Wochenblatts“ in New York durch eine Geldsammlung etwa 50 Milchkühe aufkaufen und sie der Landw. Hochschule in Hohenheim zum Geschenk machen. Die Milch soll unentgeltlich an die bedürftigsten unter den unterernährten Kinder des Schwabenlands verteilt werden.

Gründonnerstag. Der Name Gründonnerstag stammt aus dem 12. Jahrhundert. Die von der Kirche Ausgeschlossenen, von deren Wiederaufnahme der Tag vielfach auch Abkntag heißt, muß-

ten während der Fastenzeit bei jedem Gottesdienst in Büßgewändern an den Kirchentüren stehen, aber am Tag ihrer Wiederaufnahme schmückten sie sich mit dem ersten Frühlingsgrün. Sie hießen daher kurzweg die Grünen, und der Tag, an dem sie aufgenommen wurden, hieß Tag der Grünen. Allgemein besteht in Deutschland der Brauch, am Gründonnerstag außerordentliche Speisen zu essen. Namentlich ist es allgemein üblich, etwas Grünes zu essen, denn davon bleibt man nach dem Volksglauben gesund und ist das ganze Jahr über vor Geldmangel geschützt. Schnittlauch, Spinat, Grünkohl und die jungen Sprossen des Kapskohlts werden mit Vorliebe gegessen. In Schwaben gibt es an diesem Tag „Maultaschen“, d. h. mit Gemüse gefüllte Nudeln.

Vermischtes.

Die Hundertjährige. Am Palmsonntag feierte die Frau Margarete Sigloch Weib., geb. Weil, in Bussenhausen bei Stuttgart den 100. Geburtstag. Bei der Feier waren vereint Urahn, Großmutter, Mutter und Kind, die im selben Haus beiammen sind, im Alter von 100, 73, 45 und 21 Jahren; der Urenkel, mit dem die Jubilarin sich vor 14 Tagen photographieren ließ, war nicht anwesend, sonst wären fünf Generationen vertreten gewesen. Die große Frau konnte den Gang zur Kirche machen, wo ihr zu Ehren eine kirchliche Feier unter großer Beteiligung veranstaltet wurde. Die lebenden Nachkommen der Jubilarin sind drei Töchter, 22 Enkel und Enkelinnen, 42 Urenkel und Urenkelinnen und 1 Urenkel.

Der Entdecker der Nützlichkeiten, Gehilfen Univ.-Prof. Dr.

Konrad Wilhelm Königen beging am 27. März in München seinen 75. Geburtstag.

Reiche Erbschaft. Ein Dienstmädchen in Konstanz erhielt dieser Tage die Nachricht, daß es von einem in Amerika verstorbenen Onkel 50 000 Francs erbte. Nach langem Wert werden der erben 25 000 Francs zu haben.

Stuttgart, 30. März. (Straßenbahn-tarif.) Der Grundtarif der Straßenbahn soll von 30 auf 35 Pfg. für drei Teilstrecken erhöht werden. Entsprechend werden die übrigen Fahrpreise verfeuert.

Stuttgart, 30. März. (Abstimmung über den Generalfreil.) Die Abstimmung über den Generalfreil ist auf morgen verschoben.

Stuttgart, 30. März. (Ueberfahren.) Eine Frau aus Sindelfingen, die im Hauptbahnhof in den bereits fahrenden Zug springen wollte, geriet unter die Räder und wurde getötet.

Badenheim, 30. März. (Banerulundgebung.) Am Montag fand hier unter starker Beteiligung der Landwirte aus dem Bezirk eine Kundgebung der Unabhängigen Bauern- und Mittelstandspartei statt. Nach einem Vortrag des Abg. Rapp wurde stürmisch die Aufhebung der Zwangswirtschaft für Eier, Tabak und Flach und die Abschaffung der Wein Höchstpreise verlangt. Es wurde mit dem Aufhebungsfreil gedroht.

An unsere verehrlichen Bezieher und Inserenten!

Schon in der ersten Woche seit Herausgabe des „Wildbader Tagblatt“ in Neuenbürg zeigte es sich, daß dieser Zustand auf die Dauer nicht zweckentsprechend ist. Denn die Herstellung eines Lokalblattes an einem auswärtigen Ort entspricht nimmermehr den Wünschen und Anforderungen, die die Leser und Inserenten (denen jahrzehntlang 2 Zeitungen am Platze zur Verfügung standen) an ihr Heimatblatt stellen. Aus diesem Grunde, und nicht zuletzt um den Wildbadern wieder ihre eigene Zeitung zu geben, habe ich von dem bisherigen Verlagsinhaber Herr D. Strom in Neuenbürg das Verlagsrecht erworben und unter großen Kosten im alten Realschulgebäude eine Buchdruckerei eingerichtet.

Vom heutigen Tage ab erscheint nun das „Wildbader Tagblatt“ in der Aufmachung des vormaligen „Enztalboten“ wieder in hiesiger Stadt und hoffe, damit unsern geschätzten Lesern und Inserenten einen besonderen Dienst zu erweisen. Den Interessen Wildbads als Badstadt zu dienen, werde ich mir stets angelegen sein lassen und glaube bestimmt, den mir gestellten Aufgaben Dank meiner vielfährigen Erfahrungen im Zeitungswesen jederzeit gerecht zu werden.

Damit nun mein unter schweren finanziellen Opfern zustande gekommenes Unternehmen eine sichere Basis findet, erbitte ich mir die Unterstützung der titl. Behörden und der gesamten hiesigen Einwohnerschaft und bitte mir

Inserat- und Druck-Aufträge

in recht reicher Zahl zukommen zu lassen.
Wildbad, den 1. April 1920.

Hochachtungsvoll

Buchdruckerei Wildbader Tagblatt.

Theodor Gack.

Anzeigen und Druckaufträge wollen künftig direkt im Buchdruckereilokal (altes Realschulgebäude) Wilhelmstraße 151 abgegeben werden.

Instandgesetzte Anzüge und Mäntel.

Den Kaufleuten
H. Bock, Nachfolger
Albert Lipps
sind 27 instandgesetzte zweiteilige Anzüge und 5 instandgesetzte Mäntel zugewiesen worden. Die Abgabe erfolgt nur an solche Minderbemittelte die bis jetzt noch nichts erhalten haben.

Anmeldungen werden Samstag nachm. 2 Uhr angenommen.

Lebensmittelamt.

Speise-Oel.

Am Samstag den 3. April von 8—12 und von 2—6 Uhr wird auf dem städt. Lebensmittelamt Speiseöl abgegeben.

Gefäße sind mitzubringen. Diejenigen Familien, welche aus eigener Ausaat gewonnen haben, kommen nicht in Betracht.
Lebensmittelamt Wildbad.

Freiwill. Feuerwehr Wildbad.

Am nächsten Samstag abends 7 Uhr rücken die Züge I, II und IV. (einschl. med. Leiter) zur Übung aus. Ein Signal wird nicht gegeben.

Das Commando.

Bekanntmachung.

Das Bureau der hiesigen Geschäftsstelle der allgemeinen Ortskrankenkasse befindet sich vom Dienstag, den 6. April ds. Js. ab im Haus Ballpaterre neben dem Hotel Weil.

Verwalter Edelmann.

Geschäftsempfehlung

Meiner werten Kundschaft von Wildbad und Umgebung die ergebenste Mitteilung, daß sich mein Geschäft von

Reise-Andenken- und Spielwaren

in dem bedeutend vergrößerten Lokal Wilhelmstraße 109 befindet.

Ich bitte, das mir bisher geschenkte Vertrauen auch fernerhin übertragen zu wollen.

Passende Konfirmations- und Oster-geschenke in großer Auswahl.

Sommerspielwaren und u. mi bälle.

Rich. Pfannstiel,

Wilhelmstr. 109. Wildbad. Wilhelmstr. 109.

Unserem lieben immer lustigen stark Schnurbartbedürftigen

„Otto“

ein zu seinem heutigen 18. Wiegenfest in der Löwenbergstraße anfängendes in verschiedenen Häuser der Wilhelmstraße herumlagerndes durch die Rathausgasse stolperndes dem „Cafe Lindenberg“ zustrebendes in der Olgastraße verplagendes dreifach donnerndes Hoch.

Gell Böller do kannsch nichts macha do stoß machtlos vis-a-vis.

Mädchen-Geluch.

Mädchen tüchtiges ehliches für Haushalt und Zimmer bei hohem Lohn sofort gesuch.
Chr. Schmid & Sohn,
Tabakgroßhandlung Wildbad

Fräulein

sucht von Mitte Mai bis Sept. einf. sauberes

Zimmer

mit ganzer Pension. Gefäll. Offerten an die Buchhdlg. J. Paude.

Für erholungsbedürftigen Herrn eine Unterkunft,

möbl. Zimmer,

mit guter, voller

Verpflegung

in herrlicher Gegend (Söhen-lust) gesucht. Ausführliche Zuschriften erbeten an:
E. Hill, Postfach 135,
Oberhausen Rhld.

Rucksäcke, Hosenträger,

echte Friedensware, einige Paar

Leder-Gamaschen empfiehlt A. Hagelocher, Sattlerei.

Ein paar hochfeine, naturbraune, ameril.

Herrren-Schnürstiefel

Nr. 43, dto. 1 paar schwarze Nr. 42 verkauft.

Zu erfragen in der Exped. ds. Blattes.

Jucca

und

eine Palme,

in Kübeln, circa 1,70 Meter hoch, hat zu verkaufen.

Villa Kiechle.

Acker-Heu,

worunter schönes Klee-Heu, hat zu verkaufen.
Joh. Köh z. Engel.

Suche

für sofort oder später Former- u. Kesselschmied-Lehrlinge.

Freie Station und Schulbesuch. Wöchentl. Taschengeld. Gründl. Ausbildung. Näheres m. Stretcher Launstatt a.N. Eisenengrosorol u. Dampfrossfab.



Schuhhaus
Wildb. Treiber
Wildbad
Ludwig-Heckerstraße
empfiehlt alle Sorten
Schuhwaren.
237 Reparaturen werden prompt ausgeführt.